

Deutschland verloren in der Solar-Sackgasse

Welt, 24.10.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254169464/Teure-EEG-Verguetung-Deutschland-verloren-in-der-Solar-Sackgasse.html?cachebuster=true>

Allein im September wurden 2,6 Milliarden Euro an Einspeisevergütung für die Solar- und Windkraft-Produzenten überwiesen – nur 145 Millionen Euro wurden eingenommen. Die Lücke ist so groß, dass sie den Haushalt sprengt. Zudem wird ein grundsätzliches Problem immer offenkundiger.

Der rasante Aufbau von Solar- und Windkraft-Anlagen in Deutschland entwickelt sich zu einem massiven Problem für den Bundeshaushalt. Nach Angaben der Netzbetreiber wurden allein im Monat September rund 2,6 Milliarden Euro Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) an die Ökostrom-Produzenten ausgezahlt.

Einen nennenswerten Gegenwert hatte der Grünstrom nicht: An der Börse erzielten die Kilowattstunden lediglich einen Verkaufserlös von knapp 145 Millionen Euro. Die Differenz bleibt beim Steuerzahler hängen.

Der Bund kann damit die Subventionsansprüche der Ökostromer in diesem Jahr womöglich auch mit seinem Nachtragshaushalt nicht mehr erfüllen. Ursprünglich hatte der Bund für das Jahr 2024 Haushaltsmittel von 10,6 Milliarden Euro für die EEG-Vergütung bereitgestellt. Doch bereits nach den ersten neun Monaten waren Kosten von rund 15 Milliarden Euro angefallen.

Ein vom Bundeskabinett beschlossener Nachtragshaushalt sieht zwar vor, weitere 8,8 Milliarden Euro EEG-Subventionen bereitzustellen. Doch der Bundestag hat das bisher nicht abgesehen. Jetzt zeichnet sich ab, dass auch die aufgestockte Summe nicht mehr ausreichen dürfte, wenn die Wetterlage weiterhin für eine hohe Ökostromproduktion sorgt.

Die Erzeuger von Grünstrom haben laut EEG einen festen Vergütungsanspruch über 20 Jahre für die von ihnen eingespeisten Kilowattstunden. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, den Strom unabhängig von der Nachfrage abzunehmen und an der Strombörse zu vermarkten. Allerdings kam es vor allem durch den Zubaurekord bei Solaranlagen zuletzt zu einem massiven Preisverfall am Großhandelsmarkt. Zuweilen konnte der Strom dort oft nur noch zum Preis von null Euro „verkauft“ werden.

Auch „negative Preise“ traten an der Strombörse zuletzt immer häufiger auf: Nur mit der Zahlung einer Art Entsorgungsgebühr konnten noch Abnehmer für den deutschen Grünstrom-Überschuss gefunden werden. Erzielen die Netzbetreiber jedoch keine Vermarktungserlöse, muss der Bundeshaushalt die gesetzlichen Subventionsansprüche der Ökostromer mit entsprechend mehr Steuergeld befriedigen.

„Es ist der Herbst der Entscheidungen“

Diese Kosten dürften auch die Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2025 belasten. Dem Vernehmen nach wollen die Übertragungsnetzbetreiber kurzfristig, womöglich

noch in dieser Woche, ihre Prognose zum Finanzbedarf der EEG-Förderung des kommenden Jahres bekannt geben. Nachdem ihre letztjährige Schätzung vor der Realität um rund das Doppelte übertroffen wurde, dürften sie für 2025 einen deutlich höheren Finanzbedarf anmelden. Da der Solar- und Windkraft-Ausbau in diesem Jahr in hoher Taktzahl weiterlief, ist damit zu rechnen, dass der diesjährige Finanzbedarf von mindestens 20 Milliarden Euro im kommenden Jahr noch übertroffen wird.

„Mit allein 2,6 Milliarden Euro EEG-Subventionszahlungen im September 2024 droht Robert Habeck den Bundeshaushalt erneut zu sprengen“, kritisierte der Energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kruse, den Bundeswirtschaftsminister: „Es wird Zeit, dass wir den Wettbewerb entscheiden lassen, wo die günstigsten Erneuerbaren gebaut werden, und nicht einen ruinösen Fördermechanismus wie das EEG“, sagte Kruse der WELT: „Es ist der Herbst der Entscheidungen.“

Das Problem ist den Energiewende-Planern bewusst. In ihrer „Wachstumsinitiative“ sieht die Bundesregierung bereits neue Regeln für die Solarförderung vor. Größere Fotovoltaik-Anlagen sollen für Stunden mit negativen Börsenpreisen ab kommendem Jahr keinerlei Förderung mehr bekommen.

Auch sollen Betreiber von Anlagen mit mehr als 25 Kilowatt Leistung ihren Strom bald selbst vermarkten müssen. „Dadurch kommen die Preissignale bei den Anlagenbetreibern an und werden insbesondere Stromüberschüsse in Zeiten negativer Preise vermieden, da keine feste Einspeisevergütung mehr gezahlt wird“, heißt es in der „Wachstumsinitiative“.

Geplante Regeln gelten nur für Neuanlagen

Doch das Problem milliardenschwerer Subventionen für Grünstrom ohne Marktwert lässt sich damit kurzfristig nicht lösen. Denn die geplanten Regeln gelten nur für Neuanlagen. „Das Problem ist leider ganz schön verhext“, erklärte der Energieökonom Lion Hirth von der renommierten Hertie School in einem Interview der „Zeitung für kommunale Wirtschaft“ (ZfK): „Wir können kein Stromsystem bauen, wo Hunderte Gigawatt Leistung stoisch eingespeist werden – unabhängig davon, ob Strom überhaupt benötigt wird.“

Als Experte für Strommarkt-Design berät Hirth auch das Bundeswirtschaftsministerium. Sorge bereitet ihm, dass viele Solaranlagen vom Netzbetreiber nicht gesteuert werden können. Sie speisen auch dann ein, wenn es für den Strom keine Nachfrage gibt oder wenn Netzüberlastung droht.

Da die Bundesregierung plant, die Solarstrom-Kapazität in den nächsten sechs Jahren auf 215 Gigawatt zu verdreifachen, sind auch Kurzzeitspeicher schnell überlastet: Schließlich entspricht die geplante solare Erzeugungskapazität bei Sonnenschein der von 215 Kernkraftwerken.

Langfristig, glaubt Hirth, müssten deshalb „alle Stromerzeuger direkt auf dem Strommarkt agieren“. Selbst die Besitzer kleiner Aufdach-PV-Anlagen müssten also theoretisch Direktvermarkter werden, die einen ökonomischen Anreiz haben, bei Stromüberschuss ihre Anlage selbst vom Netz nehmen. „Im Prinzip halte ich die

Ausweitung der Direktvermarktung für den einzig langfristig sinnvollen Ansatz“, sagte Hirth der „ZfK“: Allerdings sei die Direktvermarktung auch hochgradig bürokratisch reguliert und teuer, sodass sie für Kleinanlagen kaum in Betracht komme.

Eine Möglichkeit wäre es, den Solarausbau auf große Freiflächen-Anlagen zu beschränken, deren Einspeisung netzdienlich gesteuert werden kann. Auch ist die Produktion in großen Einheiten effizienter. „Strom auf kleinen Aufdachanlagen ist rund dreimal so teuer wie bei einer großen Freiflächen-Anlage“, sagte Hirth: „Ökonomisch ergibt es mehr Sinn, Felder zu bebauen, als Handwerker auf Dächern herumkraxeln zu lassen.“

Allerdings hielten viele die privaten Dachanlagen für „sinnvoll, weil es ein individueller Beitrag zur Energiewende ist“, schränkte der Wissenschaftler ein: „Die zündende Idee, wie wir das Problem ohne allzu große Kollateralschäden adressieren können, ist mir noch nicht gekommen.“

Den Haushaltspolitikern bleibt damit kurzfristig nur eins: die Hoffnung auf schlechtes Wetter. In einem wolkenverhangenen Herbst sinkt die Solarstrom-Einspeisung, weshalb die Preise an der Strombörse tendenziell wieder steigen. Damit würde im vierten Quartal der Bedarf an Bundeszuschüssen sinken.

Ob der Effekt stark genug ist, das EEG-Konto ohne neue Steuergelder auszugleichen, ist unsicher: Ein stürmischer Herbst könnte schließlich auch zu Windkraft-Überschüssen führen.